

neues-deutschland.de / 01.10.2015

Söder will Zaun bauen

CSU-Politiker will deutsche Grenze durch Zaun schließen / Scharfe Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Kirchenspitzen an Asylpaket/ Bundestag debattiert Gesetzesänderungen

Die Kritik am geplanten Asylpaket wächst: Amnesty International und Kirchenspitzen lehnen »Ausgrenzungsgesetze« sowie geplante Schnellverfahren ab. Die CSU plant inzwischen einen Zaunbau an der deutschen Grenze.



Foto: Yonhap

Update 16.45 Uhr: LINKE kritisiert Zaunpläne der CSU
Die Äußerungen Markus Söders (CSU), die deutschen Grenzen müssten eventuell auch durch Zäune gesichert werden, werden von der Linksfraktion scharf kritisiert. Eva Bulling-Schröter, Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der LINKEN Bayern, erklärte am Donnerstag: »Nach 25 Jahren hat Söder offenbar genug von Reisefreiheit und einem grenzenlosen Europa. Stattdessen will er die Zäune und Kontrollen aus der Zeit des Kalten Krieges zurück.« Die LINKE verteidige die Reisefreiheit und weise solche Aussagen zurück. Ein neuer Eiserner Vorhang könne nicht die Lösung sein.

Update 14.25 Uhr: Söder will Zaun bauen

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen schließt Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) Zäune an den deutschen Grenzen nicht aus. »Wenn die EU-Außengrenzen nicht geschützt werden, muss eine deutsche Regierung auch darüber nachdenken, wie sie die deutsche Grenze schützt«, sagte der CSU-Politiker am Donnerstag in München. Deshalb müsse man auch »grüne Grenzkontrollen« erwägen. »Ob das am Ende Zäune, Patrouillen oder andere Formen von Grenzkontrollen sind, muss man dann sehen«, fügte er hinzu. Dem »Focus« hatte Söder zuvor gesagt, er sei überzeugt, »dass wir noch über Schutzzäune diskutieren werden in Europa«.

Update 14:15 Uhr: Mehr als 150.000 Flüchtlinge suchen Hilfe bei Tafeln

Während de Maizière Asylsuchenden nur noch Sachleistungen ausgeben möchte, verzeichnen die

Lebensmittelausgaben der Tafeln schon jetzt immer mehr Flüchtlinge unter den Hilfesuchenden. Wie der Bundesvorsitzende des Verbands Deutsche Tafel, Jochen Brühl, am Donnerstag in Berlin mitteilte, wenden sich inzwischen mehr als 150.000 Asylsuchende an die entsprechenden Projekte vor Ort. Damit sei die Zahl der Tafel-Nutzer um zehn Prozent gestiegen. Der Verband hat den Angaben zufolge einen speziellen Spendenfonds eingerichtet, weil viele Tafeln derzeit an ihre Belastungsgrenzen gerieten.

Update 12.45 Uhr: Amnesty und Pro Asyl: Bundestag muss Asylpaket kippen

Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Pro Asyl halten das von der Bundesregierung geschnürte Asylpaket für verfassungswidrig. Spitzenvertreter der Organisationen machten am Donnerstag deutlich, dass die dortigen Maßnahmen nach ihrer Überzeugung keinerlei Probleme bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise lösen würden. Pro Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt sprach vielmehr von einem »Ausgrenzungs- und Integrationsverweigerungsgesetz«.

Er sagte voraus, dass das Gesetzespaket Integration verhindern, Rassismus fördern und Asylverfahren unter dem Strich verlängern werde. Wegen der daraus resultierenden Torschlusspanik von Flüchtlingen werde der Druck auf Deutschland eher noch zunehmen. Auch die Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, Selmin Caliskan, sprach sich deutlich gegen Verschärfungen am Asylrecht aus. So seien die vorgesehenen Leistungskürzungen nicht verfassungskonform. Sie kritisierte zudem die geplante Ausweitung der Liste von sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Es bleibe zu hoffen, dass diese Regelungen vom Bundestag im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens kassiert würden, sagte Caliskan.

Auf Ablehnung stößt bei beiden Organisationen auch der Militäreinsatz gegen Schlepper im Mittelmeer, den der Bundestag am Nachmittag beschließen wollte. »Wenn die Europäische Union Militär gegen Schleuser einsetzt, gefährdet sie die Flüchtlinge«, sagte Burkhardt. Den verzweifelten Menschen werde der letzte Fluchtweg versperrt. Nötig seien stattdessen legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa.

Auf massive Skepsis bei beiden Organisationen stoßen außerdem die jüngsten Pläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zu Schnellverfahren an den Landesgrenzen. »Sie werden zu Menschenrechtsverletzungen führen«, sagte Pro Asyl-Geschäftsführer Burkhardt voraus. Das Vorhaben sei auch aus praktischer Sicht absurd, weil nicht Zehntausende Flüchtlinge an der bayerischen Grenze untergebracht werden könnten, bis über ihre Verfahren entschieden wurde.

Kirchen kritisieren geplante Verschärfung der Asylverfahren

Berlin. Während im Bundestag die erste Beratung über die geplanten Gesetzesverschärfungen im Asylrecht stattfindet, haben sich die Spitzen der christlichen Kirchen in einem gemeinsamen Positionspapier deutlich kritisch gegenüber den geplanten Gesetzesänderungen geäußert. »Die nun avisierte Unterscheidung in Personen mit und ohne Bleiberechtsperspektive empfinden beide Kirchen als sehr problematisch.« Auch bei »großem Verständnis für das Bedürfnis, angesichts der hohen Anzahl von Schutzsuchenden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie Länder und Kommunen zu entlasten« sei diese Kategorisierung aus Sicht der Kirchen »nicht sachgerecht«. Sie entspreche auch nicht dem auf eine »individuelle Prüfung ausgerichteten Asylrecht«.

Nach Ansicht der Kirchen muss jeder Asylantrag »unvoreingenommen und gründlich geprüft werden« – gerade die von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) eingebrachte Ausweitung des sogenannten Flughafenverfahrens erfüllt diese Anforderungen höchstens formal, nach Ansicht von Kritikern jedoch nicht einmal diese.

Die Gesetzesverschärfungen sollen bereits zum 1. November in Kraft treten. Das Paket sieht unter anderem vor, Albanien, das Kosovo und Montenegro als weitere »sichere Herkunftsstaaten« einzustufen, um Asylbewerber von dort schneller abzuweisen. Schutzsuchende sollen künftig deutlicher länger als bisher in Erstaufnahmestellen bleiben und dort möglichst nur Sachleistungen bekommen. Die Auszahlung von Geld soll nur einen Monat im Voraus möglich sein. In bestimmten Fällen sind auch deutliche Leistungskürzungen vorgesehen. Hilfsorganisationen und

Migrationsforscher kritisieren den restriktiven Kurs scharf. Die Kirchenspitzen kritisieren auch das geplante Tempo des Gesetzgebungsprozesses deutlich: »Insbesondere ist aufgrund des Zeitmangels die gebotene gründliche Analyse der Rechtslage und der tatsächlichen Umstände in den Staaten, die als sichere Herkunftsstaaten eingeordnet werden sollen, nicht abschließend möglich.« nd

Die vollständige Stellungnahme des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe können sie hier lesen.[1]

Links:

http://www.ekd.de/download/15-09-23_Stellungnahme_der_Kirchen.pdf

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/986408.soeder-will-zaun-bauen.html>